

Verl, 14.12.2019

## Haushaltsrede der SPD-Fraktion zum Haushalt 2020

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
meine Damen und Herren,

zum ersten Mal halten wir zwei Haushaltsreden in einem Jahr. Zum ersten Mal beschließen wir einen Haushalt der nicht für das laufende, sondern für das kommende Jahr. Dies ist eine Premiere. Unsere Anerkennung an die verantwortlichen Personen in der Verwaltung hierfür.

### I.

Es gibt noch weitere Premieren:

Unsere Stadt hat einen neuen Rekord der Einnahmen mit 104,2 Millionen EUR zu verzeichnen, auch die Ausgaben und der Überschusses sind top. Ein Rekordhaushalt.

Ich selbst bin seit 2009 in diesem Rat und in diesen 10 Jahren hat sich das Haushaltsvolumen fast verdoppelt.

Hierzu fällt mir eine Abwandlung der Geschichte von Philipp Otto Runge ein:

*„Wie weit wollen wir noch gehen, fragt der Fischer seine Frau? Sehr weit, sagt sie, bis ans Ende der Welt“*

Das nur am Rande.

Es gibt aber nicht nur Positives zu vermelden, aus unserer Sicht auch einige negative Aspekte:

1. Mit dem Umbau, bzw. Neubau unserer Gesamtschule sind wir auf dem eingeschlagenen Weg nicht weiter gekommen. Ganz im Gegenteil.

Die blumigen Aussagen einiger am Wettbewerb beteiligter Architekten haben uns in der Sache zurückgeworfen. Dies ist sehr bedauerlich.

Hier ist mit falschen, bzw. ungenauen Zahlen gearbeitet worden, obwohl wir mehrfach in den verschiedenen Gremien nachgefragt haben.

Erst die Überprüfung durch das Büro Eisenmenger hat dann zu Tage gefördert, dass die veranschlagten Zahlen von den beiden noch verbliebenen Preisträgern ungenau ja, meines Erachtens sogar wissentlich falsch berechnet wurden.

Dies hat uns in der Projektumsetzung zurückgeworfen. Das Vertrauen in die Redlichkeit der verbliebenen Preisträger ist dadurch beschädigt worden.

Daraus erwächst für uns der Anspruch an die Verwaltung, zum Thema Gesamtschule und Hallenbad möglichst schnell und möglichst genau weiterzuarbeiten um, das Projekt voranzubringen.

Wir als SPD stellen uns in diesem Zusammenhang die Frage, ob es richtig ist, den Preisträgern, die uns gegenüber auch erklärt haben, dass die Investitionsgrenze von gut 30 Mio. EUR beibehalten werden kann, das Preisgeld zu belassen?

Wir stellen uns die Frage, ob wir mit solchen Büros, die uns am Nasenring durch die Manege führen wollten, auch weiterhin zusammenarbeiten sollten?

Sie haben offensichtlich unter falschen Voraussagen ein Preisgeld erhalten, welches ihnen nicht zusteht. Wir sind der Meinung, die Verwaltung soll die genannten Preisträger auffordern, das Preisgeld zurückzuzahlen. Bei den Preisgeldern handelt es sich um Steuergelder. Damit dürfen wir nicht leichtfertig umgehen.

2. Die Diskussionen um die unterschiedlichen Entwürfe haben bei uns auch noch einmal die Frage aufkommen lassen, ob es wirklich sinnvoll ist, das geplante Hallenbad im Schulzentrum zu errichten?

Wir sehen nach wie vor an dieser Stelle nur eingeschränkte Entwicklungsmöglichkeiten für unsere Schulen und auch für etwaig andere Projekte, wie z.B. ein Berufsausbildungszentrum, eine Stadthalle oder ähnliche Projekte, die im Schulzentrum angegliedert werden könnten.

Bedenken müssen wir auch, dass die Schullandschaft ständig in Bewegung ist. Dies zeigt die Rückkehr zu G-9. Für das Gymnasium ist ein zusätzlicher Raumbedarf entstanden.

Daher scheint es uns nicht abwegig, den ursprünglichen Standort am Freibad für ein Hallenbad noch einmal neu zu überdenken.

3. Ebenfalls haben wir es als negativ für unseren Ort empfunden, dass in Sürenheide eine große Pflegeeinrichtung der Lindhorst-Gruppe errichtet werden soll.

Dies ist für uns deswegen besonders unverständlich, weil wir in einer breit angelegten Befragung der Verler Bürgerinnen und Bürger festgestellt haben, dass die allermeisten Menschen im Alter eine Pflege zuhause wünschen und nicht in einem großen Altenheim untergebracht werden wollen.

Eine für 20.000 € in Auftrag gegebene Studie favorisierte die sogenannte Tagespflege deutlich. Ein erfolgreiches Modell im gesamten Kreis Gütersloh.

Die Vorgehensweise der CDU bleibt für uns völlig unverständlich. Vor allem auch deshalb, weil Fachleute auf Kreisebene sich eindeutig gegen ein solch großes Projekt ausgesprochen haben.

Die Einrichtung ist viel zu groß.

Die zu erwartenden Plätze gehen am Bedarf des Ortsteiles deutlich vorbei.

Sie wird sich nicht in örtlich zentraler Lage befinden.

Für andere Einrichtungen wird eine Konkurrenzsituation geschaffen durch die erschwerte wirtschaftliche Bedingungen am Ort entstehen werden.

Diese Maßnahme hätte insgesamt nicht so über's Knie gebrochen werden dürfen. Wir hätten uns an unserem Projektbericht 2017 orientieren müssen und Alternativen erarbeiten können, die stärker auf Hausgemeinschaften und Pflegewohngruppen abstellen.

Äußerst bedenklich halten wir grundsätzlich eine Zusammenarbeit mit der Lindhorst-Gruppe.

Zum einen hat es schwerwiegende Mängel in einer weiteren Einrichtung gegeben.

Zum anderen wird die Notlage alter Menschen, ihr eigenes Leben nicht mehr ausreichend organisieren und sich versorgen zu können, zum gewinnbringenden Spielball für Anleger.

Hier stehen dann letztlich nicht mehr die Menschen sondern ausschließlich Gewinninteressen im Vordergrund. Mittlerweile werden auch Gesellschaftsanteile und einzelne Häuser zwischen Investoren hin und her geschoben. Offensichtlich ist der Ausverkauf der Pflege auch in Verl angekommen.

Darüber hinaus wird für bewehrte ortsansässige Träger eine unnötige Konkurrenzsituation geschaffen.

Eine solche Herangehensweise lehnen wir bei einem so wichtigen Thema wie die Pflege älterer Menschen grundsätzlich ab.

Schließlich haben wir bereits in der Diskussion um dieses Projekt auf die Kontakte des Aufsichtsratsvorsitzenden Jürgen Lindhorst zur AfD, konkret zu dem Rechtsaußen Björn Höcke, hingewiesen.

Auch erst vor wenigen Monaten, im Mai 2019, ist erneut bekannt geworden, dass der Aufsichtsratsvorsitzende Jürgen Lindhorst, ein Wehrmachtsymbol, nämlich eine so genannte Wolfsangel, auf einen Hinweisstein zu seinem Grundstück verwendet. Dieses Zeichen wird auch von Neonazis und Rechtsextremen gerne verwendet.

Im politischen Kontext ist dieses Zeichen verboten.

Dies zeigt, dass eine Zusammenarbeit mit der Lindhorst-Gruppe unseres Erachtens nicht ganz bedenkenlos ist. Auch zu dieser Frage fehlte in der Vergangenheit die nötige Sensibilität bei der CDU.

## II.

Vor einigen Tagen bin ich von einem Ratskollegen darauf aufmerksam gemacht worden, dass wir uns stark mit Umweltthemen beschäftigen.

Ja, es ist richtig, wir beschäftigen uns stark mit Umweltproblemen, aber dies nicht erst seit kurzem, sondern bereits seit vielen Jahren. Die SPD in Verl war in der Vergangenheit immer die Partei, die Umweltfragen vorrangig behandelt hat. Dies werden wir auch weiter so praktizieren.

Abgesehen davon sind wir der Auffassung, dass Umweltschutz nur dann wirklich Sinn macht, wenn er sozial verträglich ist. Soziale Gerechtigkeit und Umweltschutz müssen Hand in Hand betrieben werden, sie gehören zusammen. Das ist unser Credo.

Wir machen uns, wie viele andere Menschen auch, ernsthafte Sorgen um unsere Erde, unsere Umwelt, unser eigenes und um das Leben unserer Kinder und Enkelkinder.

Ja, wir machen uns auch Sorgen um Verl, um unsere Heimat.

Denn Fakt ist, dass sich unsere Erde immer mehr aufheizt und aus dem Gleichgewicht zu geraten droht.

Laut einem Bericht des Weltbiodiversitätsrates (IPBES) sind 1 Million Arten (von 8 Mio.) in den kommenden Jahren und Jahrzehnten vom Aussterben bedroht, wenn es zu keinen grundlegenden Änderungen bei der Landnutzung, beim Umweltschutz und der Eindämmung des Klimawandels kommt.

Würde die gesamte Weltbevölkerung so leben wie wir in Deutschland, bräuchten wir 3 Erden.

Diese Beispiele lassen sich vielfältig fortführen, sie sind uns allen bekannt.

Der SPD-Fraktion geht es nicht um einen gesellschaftlichen Hip oder um das „Aufspringen auf einen fahrenden Zug“. Die Entwicklung unseres Planeten macht einfach nur Angst.

Dabei wissen wir, dass wir diese Entwicklung in Verl, in Deutschland und auch in Europa nicht aufhalten können.

Es ist ein globales Problem. Es lässt sich auch nur global lösen.

Wie schwer das ist, haben wir in den letzten Tagen auf der UN-Klimakonferenz in Madrid gesehen.

ABER dies darf uns nicht davon abhalten, das Thema Ökologie auf kommunaler Ebene zu diskutieren und voranzubringen.

Dabei hat der Staat, hat unsere Kommune eine besondere Aufgabe.

In Art 20a GG heißt es:

"Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen..."

1. Vor diesem Hintergrund steht unter anderem auch unser Antrag bei der Verpachtung öffentlicher Flächen für landwirtschaftliche Flächen. Wir wollen den ökologischen Gedanken stärker berücksichtigt wissen.

Wir hätten uns gewünscht, dass auf Seiten der CDU zu dieser Frage mehr Offenheit und Kompromissbereitschaft bestanden hätte.

Leider hat sich in diesem Zusammenhang eine Diskussion entwickelt, die am Thema gänzlich vorbei geht und die der Sache nicht gerecht wird.

2. Aus demselben Grund haben wir auch einen Waldschadensbericht für Verl beantragt.

Die Situation des Waldes hat sich dramatisch entwickelt. So schlecht, wie in diesem Sommer, ging es großen Teilen des Waldes schon lange nicht mehr. Im letzten Jahrhundert hatten wir 2 heiße Sommer: 1947 und 1976. Seit 2000 hatten wir in 2003, 2015, 2018 und 2019 extrem heiße Sommermonate. Der Wald kommt nicht dazu, sich zu erholen. Fachleute haben errechnet, dass durch den Sommer in 2018 70 Mio. fm Holz vertrocknet sind und 1.010 ha kahle Flächen durch Waldverlust in Deutschland vorhanden sind. Insgesamt ist ein volkswirtschaftlicher Schaden in Höhe von 2,1 Milliarden EUR entstanden. Nicht eingerechnet ist eine Wiederaufforstung.

Der Wald ist für unser Klima von existenzieller Bedeutung. Daher ist es wichtig, dass wir uns auch in Verl einen Überblick darüber verschaffen, wie es unserem Wald geht, damit daraus geeignete weitere Maßnahmen entwickelt werden können. Hier brauchen wir Informationen.

Aber eines steht in diesem Zusammenhang ökologischer Fragen in Verl jetzt schon fest:

**Wir brauchen in der Pausheide keine weiteren 100 ha zur Industrieansiedlung.**

Wir brauchen einen schonenderen Umgang mit der Natur.

Das Verhalten der CDU zum Thema Natur ist ein Widerspruch in sich. Auf der einen Seite wollen Sie 100 ha zubetonieren, den Pflanzen und Tieren den Lebensraum nehmen und die Lebensqualität vieler Menschen beeinträchtigen.

Auf der anderen Seite fordern Sie für eine Landesgartenschau in Verl Mittel in den Haushalt zu stellen.

Hier scheint bei Ihnen etwas aus dem Gleichgewicht geraten. Sie können nicht 100 ha Natur platt machen und an anderer Stelle einen botanischen Garten anlegen wollen. Das passt nicht zusammen.

Mit unseren Anträgen haben wir auch versucht mehr soziale Gerechtigkeit in Verl zu schaffen. Hierzu wünschen wir uns zunächst qualifizierte Informationen.

3. Daher haben wir einen Armutsbericht für Verl beantragt.

Wir wollen in Verl nichts herbei reden, was nicht existiert. Den Verler Bürgerinnen und Bürgern geht es meistens gut. Wir haben, das sieht man u.a. auch an den Einkommensteuereinnahmen, ein hohes Einkommensniveau.

Alle Steuerdaten können aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir in Verl Kleiderkammern und Lebensmittelausgaben unterhalten.

Die Arbeit der ehrenamtlichen Helfer schätzen wir.

Aber auch in Verl gibt es Menschen, die Flaschen sammeln müssen, um ein paar Euro dazu zu bekommen.

Verschließen wir nicht die Augen, auch in Verl gibt es Kinderarmut, Armut bei allein Erziehenden und Armut bei älteren Menschen.

Gerade dadurch, dass wir eine gute Einkommenssituation in Verl haben und unsere Stadt gut aufgestellt ist, müssen wir uns Gedanken machen, wie wir anderen Menschen Hilfen und Unterstützung zukommen lassen können.

Leider hat sich die CDU unserem Antrag, einen Armutsbericht erstellen zu lassen nicht angeschlossen. Offensichtlich will man sich diesem Thema nicht widmen. Sogar der Begriff Armutsbericht Verl wird von der CDU abgelehnt.

Armut ist ein dunkler Schatten, der über unserem Land liegt. Dieser Schatten hat Ausläufer auch in Verl vorhanden sind.

4. In diesem Zusammenhang war es uns in den vergangenen Jahren immer wichtig Kita-Beiträge abzuschaffen, zumindest jedoch zu reduzieren.

Für den Haushalt 2020 haben wir eine Änderung der Elternbeiträge für Kindergärten gefordert.

Ich sage es an dieser Stelle noch einmal deutlich: Wir empfinden das Verhalten der CDU zu der Frage der Elternbeiträge für Kindergärten als unsozial.

Bereits nachdem die damalige Landesregierung aus SPD/Grüne eine Befreiung eines Kindergartenjahres eingeführt hatte, hatten Sie nichts Eiligeres zu tun, als die Befreiung der Kindergartengebühren für ein Jahr, die Sie selbst 2008 eingeführt hatten, wieder abzuschaffen.

Unsere Anträge in den vergangenen Jahren, um die Belastungen junger Familien bei Kindergartenbeiträgen in Verl zu verringern, sind regelmäßig von Ihnen mit unterschiedlichen Gründen zurückgewiesen worden.

Dies, obwohl viele Städte und Bundesländer bereits eine Beitragsbefreiung für KiTa's realisiert haben:

Hamburg, Berlin, Düsseldorf, ... auch die Bundesländer Hessen und Niedersachsen haben beitragsfreie KiTa's (zumindest in den Kernzeiten).

Verl hat eine deutlich bessere Kassenlage als andere Städte und könnte sich eine Reduzierung gut leisten. Das ist bisher von Ihnen, meine Damen und Herren der CDU, verhindert worden. Das finden wir sozial ungerecht.

Dies, obwohl Sie genau wissen, dass wir Kindergartenbeiträge von Familien verlangen, die sich an der Armutsgrenze befinden.

In Deutschland lag die Armutsgefährdungsgrenze (60 % des Medianeinkommens) 2018 bei 2 Erwachsenen mit 2 Kindern bei 28.618,00 € pro Jahr.

Mit diesem Einkommen an der Armutsgrenze verlangen wir von jungen Familien für die Betreuung ihrer Kinder nach der 3. Einkommensstufe Beiträge zwischen 93,00 und 161,00 EUR im Monat.

Im Ergebnis verlangen wir von Familien, die ein Einkommen unterhalb der Armutsgefährdungsgrenze haben, teilweise Beiträge bis 900,00 bzw. 1.900,00 EUR im Jahr für die Betreuung ihrer Kinder.

Das in einer Kommune mit einem Steueraufkommen von über 100 Millionen €. Mit einem Rücklagenpolster von fast 100 Millionen. Mit fast 100 eigenen Immobilien im Bestand und etlichen weiteren Grundstücken.

Das nennen wir sozial ungerecht.

5. Demgegenüber landet die CDU dieses Jahr einen großen Coup: Sie reduziert die Grundsteuer A und B um weitere Punkte und erklärt, alle Verler Bürgerinnen und Bürger damit entlasten zu wollen.

Regelrecht aus dem Hut gezaubert hat sie in der Haupt- und Finanzausschusssitzung am Dienstag, den 10.12.2019, ihren diesbezüglichen Antrag, ohne, wie dies einer Gepflogenheit im Rat entspricht, diesen den Fraktionen vorher zur Verfügung zu stellen.

Wichtig war ihr dabei aber, zunächst die Presse zu informieren, bevor die Information an die weiteren Ratsmitglieder gegeben wurden.

Dies macht sie, obwohl bereits im vergangenen Jahr die Senkung der Steuersätze für Grundstücke vom Rat beschlossen wurden.

Dies macht sie auch wohlwissentlich, dass sich die Besteuerung insgesamt durch die Bundes- und die zu erwartende Landesgesetzgebung noch einmal grundlegend ändern kann.

Obwohl das so genannte „Gießkannenprinzip“ von der CDU in der Vergangenheit immer verteufelt wurde, wendet sie dieses nun selber an.

Alles ohne Not. Ohne Not?

Nein die CDU hat Not, dies ist bei der letzten Europawahl noch einmal deutlich zu Tage getreten. Seit mehreren Wahlperioden befindet sich der Stimmenanteil der CDU im Sinkflug. Bei der Europawahl im Mai 2019 ist die CDU als deutlicher Wahlverlierer in Verl hervorgegangen.

Momentan sieht es um das Schicksal der Stimmen für die CDU, leider auch für die SPD, nicht gut aus und die CDU befürchtet, das könnte sich auf kommunaler Ebene durchschlagen und sie würde ihre absolute Mehrheit im Rat der Stadt Verl verlieren.

Das zu verhindern, ist der CDU schon mal 400.000 EUR wert. Dabei wollen wir klarstellen, wir haben nichts gegen Entlastungen der Bürgerinnen und Bürger in Verl.

Wir glauben aber, dass die CDU mit dieser Maßnahme versucht, den Verler Wählerinnen und Wählern ihre Seele abzukaufen, nämlich ihre Stimme bei der Kommunalwahl am 13.09.2020. Mit dieser Maßnahme geht sie auf Stimmenfang. Anders lässt sich dies unseres Erachtens nicht bewerten.

### III.

Damit bin ich auch schon am Ende meiner Ausführungen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. Ich wünsche Ihnen angenehme Weihnachtsfeiertage, einen guten Start in das Jahr 2020, und vor allem Gesundheit

Sie wissen, ich stamme aus dem Ruhrgebiet, insofern:

Glück auf!

Für die SPD-Fraktion  
Peter Heethey  
Fraktionsvorsitzender